

Klimapolitischer Fragenkatalog zur Landtagswahl Rheinland-Pfalz am 14. März 2021

Antworten

Fridays for Future Worms



in Zusammenarbeit mit
BUND Worms
NABU Worms-Wonnegau



Inhaltsverzeichnis

Anmerkungen	5
Unser Fragenkatalog	6
Mobilitätswende	6
Energie	6
Naturschutz	7
Allgemeine Klimapolitik	8
Die Antworten der Direktkandidat*innen	9
Mobilitätswende	9
<i>Was sind Ihre Pläne für den Individualverkehr in Rheinland-Pfalz?</i>	9
<i>Werden Sie für Maßnahmen eintreten, die Anreize für den Umstieg von motorisiertem Individualverkehr auf öffentliche Fern- und Nahverkehrsmittel bieten und falls ja, für welche?</i>	13
<i>Was halten Sie von Maßnahmen, die den ÖPNV kostengünstiger oder kostenlos machen (Nulltarif, 365-Euro-Ticket)?</i>	15
<i>Wie stehen Sie zu Ausbau und Elektrifizierung von schienengebundenem Verkehr?</i>	17
<i>Was halten Sie von einer Neuverteilung des bestehenden Verkehrsraums (Parkflächen, Straßen) zugunsten von Radverkehr, Fußgänger:innen und ÖPNV?</i>	18
<i>Wie stehen Sie einer Verkehrsberuhigung in Innenstädten gegenüber?</i>	20
<i>Wie stehen Sie flächendeckendem Tempo 30 in Innenstädten gegenüber?</i>	21
<i>Welche Maßnahmen werden Sie für den naturverträglichen Ausbau von Rad- und Fußwegen ergreifen?</i>	22
Energie	24
<i>Um die Energiewende zu schaffen, muss der deutschlandweite Energieverbrauch um etwa die Hälfte gesenkt werden. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor?</i>	24
<i>Welche Pläne haben Sie für den Ausbau von regenerativen Energien?</i>	27
<i>Auf welche Energieträger soll Rheinland-Pfalz künftig setzen?</i>	31
<i>Was ist Ihre Meinung zum Energiespeicher Wasserstoff?</i>	33
Naturschutz	35

<i>Die Landwirtschaft ist momentan einer der Hauptproduzenten von Treibhausgasen und verantwortlich für viele andere Umweltprobleme (Überdüngung, Insektensterben, Artenschwund). Mit welchen Maßnahmen wollen Sie hier umsteuern?</i>	35
<i>Was werden Sie tun, um mit den Folgen des Rückgangs der Artenvielfalt umzugehen?</i>	37
<i>Wie werden sie mit der Intensivierung der Landnutzung (Monokulturen, verstärkte Nutzung von Pestiziden) umgehen?</i>	39
<i>Sind Sie für eine strenge Umsetzung und Kontrolle der Düngeverordnung?</i>	40
<i>Etwa 60-70 Hektar Land werden jeden Tag für Siedlungs- und Straßenbau versiegelt. Das hat massive Auswirkungen für die Umwelt (Zerschneidung von Lebensräumen, Artensterben, Hochwasserrisiko, Überhitzung der Städte). Was gedenken Sie, dagegen zu tun?</i>	41
<i>Welche weiteren Maßnahmen zum Boden- und Grundwasserschutz schlagen Sie vor?</i>	43
<i>Öffentliche Flächen sollten naturnah und Insekten-freundlich gestaltet und gepflegt werden. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor?</i>	45
<i>Niederschläge in Rheinland-Pfalz sind um über 30 Prozent gesunken, wodurch es vermehrt zu akuter Wasserknappheit kommt. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor? Wie werden Sie den Wasserhaushalt in Rheinland-Pfalz handhaben?</i>	47
<i>Rheinland-pfälzische Wälder leiden bereits unter dem Klimawandel. Was gedenken Sie, dagegen zu unternehmen?</i>	50
<i>Die nach dem Naturschutzgesetz vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen werden häufig nicht oder nur mangelhaft umgesetzt. Hier besteht ein Vollzugs- und Kontrolldefizit auf allen Ebenen. Was gedenken Sie, dagegen zu tun?</i>	53
<i>Welche Maßnahmen zur artgerechten Tierhaltung schlagen Sie vor?</i>	55
<i>Wie stehen Sie zu einer verpflichtenden Kennzeichnung von Produkten hinsichtlich der Haltungsbedingungen von Nutztieren (wie bei Eiern)?</i>	57
Allgemeine Klimapolitik	58
<i>Wie wollen sie verhindern, dass sich klimapolitische Maßnahmen negativ auf finanziell oder sozial benachteiligte Menschen auswirken?</i>	58
<i>Bis 2050 soll in Deutschland der Ausstoß von Treibhausgasen auf nahe Null reduziert werden. Ist das Ihrer Meinung nach früh genug? Welche noch nicht genannten Maßnahmen schlagen Sie dafür vor?</i>	60

Der Klimawandel wird nicht voll und ganz aufzuhalten sein. Wie werden Sie mit den wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Folgen der Klimakrise umgehen? Verfügt Ihre Partei über ein konkret formuliertes Klimaanpassungskonzept? 61

Gibt es zusätzliche Natur- oder Klimaschutzprojekte, die Sie unterstützen werden? 62

Anmerkungen

- Wir haben unseren klimapolitischen Fragenkatalog an die Direktkandidat*innen für den Wahlkreis Worms der Parteien SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE. geschickt.
- Alfred Koch (FDP) hat uns geantwortet und auf die folgenden Kapitel des Wahlprogramms der FDP verwiesen:
 - 5 Verkehr und Infrastruktur
 - 6 Energie
 - 12 Landwirtschaft
 - 13 Weinbau
 - 14 Umwelt
 - 2 Wirtschaft
 - 15 Bauwesen, Städtebau und Raumordnung
- Die Direktkandidat*innen sind nach der aktuellen Anzahl Sitze ihrer jeweiligen Partei im Landtag geordnet
- *kursiver Text* in den Antworten wurde von uns im Nachhinein hinzugefügt. Es handelt sich dabei nicht um einen Teil der Antworten der Direktkandidat*innen

Unser Fragenkatalog

Mobilitätswende

- Was sind Ihre Pläne für den Individualverkehr in Rheinland-Pfalz?
- Werden Sie für Maßnahmen eintreten, die Anreize für den Umstieg von motorisiertem Individualverkehr auf öffentliche Fern- und Nahverkehrsmittel bieten und falls ja, für welche?
 - Was halten Sie von Maßnahmen, die den ÖPNV kostengünstiger oder kostenlos machen (Nulltarif, 365-Euro-Ticket)?
 - Wie stehen Sie zu Ausbau und Elektrifizierung von schienengebundenem Verkehr?
- Was halten Sie von einer Neuverteilung des bestehenden Verkehrsraums (Parkflächen, Straßen) zugunsten von Radverkehr, Fußgänger:innen und ÖPNV?
 - Wie stehen Sie einer Verkehrsberuhigung in Innenstädten gegenüber?
 - Wie stehen Sie flächendeckendem Tempo 30 in Innenstädten gegenüber?
- Welche Maßnahmen werden Sie für den naturverträglichen Ausbau von Rad- und Fußwegen ergreifen?

Energie

- Um die Energiewende zu schaffen, muss der deutschlandweite Energieverbrauch um etwa die Hälfte gesenkt werden. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor?
- Welche Pläne haben Sie für den Ausbau von regenerativen Energien?
- Auf welche Energieträger soll Rheinland-Pfalz künftig setzen?
- Was ist Ihre Meinung zum Energiespeicher Wasserstoff

Naturschutz

- Die Landwirtschaft ist momentan einer der Hauptproduzenten von Treibhausgasen und verantwortlich für viele andere Umweltprobleme (Überdüngung, Insektensterben, Artenschwund).

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie hier umsteuern?

- Was werden Sie tun, um mit den Folgen des Rückgangs der Artenvielfalt umzugehen?
 - Wie werden sie mit der Intensivierung der Landnutzung (Monokulturen, verstärkte Nutzung von Pestiziden) umgehen?
 - Sind Sie für eine strenge Umsetzung und Kontrolle der Düngeverordnung?
- Etwa 60-70 Hektar Land werden jeden Tag für Siedlungs- und Straßenbau versiegelt. Das hat massive Auswirkungen für die Umwelt (Zerschneidung von Lebensräumen, Artensterben, Hochwasserrisiko, Überhitzung der Städte).
Was gedenken Sie, dagegen zu tun?
 - Welche weiteren Maßnahmen zum Boden- und Grundwasserschutz schlagen Sie vor?
 - Öffentliche Flächen sollten naturnah und Insekten-freundlich gestaltet und gepflegt werden.
Welche Maßnahmen schlagen Sie vor?
 - Niederschläge in Rheinland-Pfalz sind um über 30 Prozent gesunken, wodurch es vermehrt zu akuter Wasserknappheit kommt.
Welche Maßnahmen schlagen Sie vor?
Wie werden Sie den Wasserhaushalt in Rheinland-Pfalz handhaben?
 - Rheinland-pfälzische Wälder leiden bereits unter dem Klimawandel.
Was gedenken Sie, dagegen zu unternehmen?
 - Die nach dem Naturschutzgesetz vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen werden häufig nicht oder nur mangelhaft umgesetzt. Hier besteht ein Vollzugs- und Kontrolldefizit

auf allen Ebenen.

Was gedenken Sie, dagegen zu tun?

- Welche Maßnahmen zur artgerechten Tierhaltung schlagen Sie vor?
 - Wie stehen Sie zu einer verpflichtenden Kennzeichnung von Produkten hinsichtlich der Haltungsbedingungen von Nutztieren (wie bei Eiern)?

Allgemeine Klimapolitik

- Wie wollen sie verhindern, dass sich klimapolitische Maßnahmen negativ auf finanziell oder sozial benachteiligte Menschen auswirken?
- Bis 2050 soll in Deutschland der Ausstoß von Treibhausgasen auf nahe Null reduziert werden.
Ist das Ihrer Meinung nach früh genug?
Welche noch nicht genannten Maßnahmen schlagen Sie dafür vor?
- Der Klimawandel wird nicht voll und ganz aufzuhalten sein.
Wie werden Sie mit den wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Folgen der Klimakrise umgehen?
Verfügt Ihre Partei über ein konkret formuliertes Klimaanpassungskonzept?
- Gibt es zusätzliche Natur- oder Klimaschutzprojekte, die Sie unterstützen werden?

Die Antworten der Direktkandidat*innen

Mobilitätswende

Was sind Ihre Pläne für den Individualverkehr in Rheinland-Pfalz?

Jens Guth (SPD):

Für uns als SPD ist klar: die moderne Verkehrswelt muss erschwinglich und für alle zugänglich, nachhaltig und rohstoffarm, schnell und komfortabel sein - egal ob im ländlichen oder im urbanen Raum. Wir brauchen passgenaue und attraktive Angebote für Jeden. Eine moderne Mobilität muss Verkehr als integriertes System verstehen, um individuellen Bedürfnissen gerecht zu werden. Wir treten ein für ein leistungsfähiges, multimodales Infrastrukturnetz, das den sich wandelnden Ansprüchen unserer Unternehmen auch in Zukunft Rechnung trägt.

Wir wollen eine neue Mobilitätskultur schaffen - in der die Alternativen zum Individualverkehr immer attraktiver werden. Negative Auswirkungen des Individualverkehrs wie Stau und Lärm, die Diskussion um Umweltbelastungen und die Frage nach Komfort bringt die Bevölkerung momentan zum Umdenken. Auch die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wir Mobilität neu denken müssen. Durch das Mehr an Home-Office gab es weniger Notwendigkeit, mobil zu sein und somit insgesamt weniger Verkehr. Dieses Umdenken müssen wir nutzen, um eine neue Mobilitätskultur zu schaffen.

Klimafreundliche Alternativen wie den Radverkehr, ÖPNV, SPNV und Elektromobilität wollen wir gezielt ausbauen und fördern. Dies wollen wir Hand in Hand mit den Kommunen umsetzen, die wir bei der Erfüllung dieser zentralen Aufgaben finanziell unterstützen wollen.

Stephanie Lohr (CDU):

Unser Ziel muss ein sinnvolles Miteinander der Verkehrsformen sein. Jedes Verkehrsmittel hat seine besonderen Vor- und Nachteile; das muss in einer ganzheitlichen Verkehrsplanung sinnvoll zusammengeführt werden. Insgesamt gilt: Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen, Ausdruck von Freiheit und der starke Motor für unsere heimische Wirtschaft. Uns muss klar sein, dass wir große Anstrengungen benötigen, um den Verkehrssektor klimaneutral aufzustellen. Wir sind davon überzeugt, dass alle Verkehrsmittel ihre Berechtigung und ihren Nutzen in der Zukunft haben. Einseitiger Benachteiligung stehe ich skeptisch gegenüber.

Der Öffentliche Nahverkehr muss attraktiver und smarter werden, damit die Menschen auch Lust haben, diesen zu nutzen und im Vorteil gegenüber dem eigenen PKW wahrnehmen.

Mit der Novellierung des Nahverkehrsgesetzes ist die Landesregierung einen Seitwärtsschritt gegangen. Die Ziele werden auch von der CDU-Landtagsfraktion unterstützt: u.a. Einführung der Pflichtaufgabe, abgestimmte Fahrpläne „aus einem Guss“, die Aufhebung der Zuständigkeitstrennung von Schiene und Straße, Integration neuer Verkehrsmittel. Fraglich ist derzeit jedoch, wie diese Ziele erreicht werden sollen (mit dem von der Ampel beschlossenen Text). Hier sind unsere Forderungen:

- mit den kommunalen Spitzenverbänden, Zweckverbänden und Verkehrsverbänden in einen Dialog darüber zu treten, wie viele zusätzliche Landesmittel bis zur Erarbeitung des Landesnahverkehrsplans notwendig sind;
- eine solide Datenbasis aufzubauen, auf der künftig über Mehrkosten entschieden werden kann;
- die Organisationsreform so zu überarbeiten, dass auf bestehenden Strukturen aufgebaut werden kann und dabei insbesondere dafür zu sorgen, dass die Verkehrsverbände unkompliziert die Rolle der Regionalausschüsse übernehmen und dass der ständige

Ausschuss mit dem Kompetenzzentrum integraler Takt zusammengefasst wird;

- den Entwurf des Nahverkehrsgesetz so zu überarbeiten, dass der Nahverkehrsplan nicht als Rechtsverordnung erlassen wird, sondern dass das Parlament über dieses hochpolitische Projekt (z.B. Angebotsausbau, Preissenkungen wie z. B. das 365-Euro-Ticket) entscheidet;
- den Nahverkehrsplan zeitnah zu erarbeiten, damit die Menschen im Land eine echte Verbesserung im ÖPNV erhalten;
- den vor knapp drei Jahren beschlossenen Antrag „Zukünftige Mobilität gestalten – wichtige Weichenstellungen vornehmen“ (Drks 17/5427) umzusetzen und dazu „die Entwicklung einer verbund- und länderübergreifenden Plattform, auf der alle Verkehrsangebote angezeigt und in einem Schritt gebucht werden können mit den Verkehrsunternehmen und der Forschung zu initiieren und bestmöglich zu unterstützen“;
- die Erstberatung für Bürgerbusprojekte vollständig zu übernehmen

Die Verkehrspolitik des Landes Rheinland-Pfalz sollte wieder groß gedacht werden, anstatt nur bis zur nächsten Ecke. Wir wollen ein Güterverkehrskonzept und mehr Waren auf den Wasserstraßen. Wir wollen weiter in Maßnahmen zur Sicherung der Schiffbarkeit des Rheins als vielbefahrene Wasserstraße investieren, um auch unsere rheinland-pfälzischen Binnenhäfen als wichtige logistische Umschlagplätze zu stärken. Hier bleibt zu viel Potenzial ungenutzt. Dabei setzen wir auf die Förderung alternativer Antriebsformen für die Schifffahrt, um Emissionen zu reduzieren.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Individualverkehr heißt für mich in erster Linie vielfältige Möglichkeiten, sich zu bewegen und gleiche Rechte für alle Verkehrsteilnehmende:

- Infrastruktur für das Fahrrad in all seinen Variationen vom Lastenrad bis zum E Bike. Doppeltes Tempo beim Radwegebau!
- Mobilitätspunkte zum Umsteigen: Vom Leihfahrrad auf (E-)Carsharing, ÖPNV, etc.
- Bedarfsverkehr (On Demand) ausbauen.

Individuell unterwegs sind vor allem auch Fußgänger*innen. Mehr Sicherheit, mehr direkte und einladende Wege, ein Fußwegekonzept Innenstadt.

Wir sind privat Stadtmobil-Carsharing-Kunden und Lastenradbesitzende und als Innenstadtmenschen total begeistert von beidem. Und für alle, die auf's Auto angewiesen sind, bedeuten andere Fortbewegungsarten mehr Platz und weniger Stau. Für den PKW ist unser Ziel nicht nur, dass man weniger davon braucht (und mehr davon zB teilt), sondern auch Elektromobilität aus 100% erneuerbarer Energie mit entsprechender Ladeinfrastruktur.

Heike Mehlmann (DIE LINKE.):

Verkehrs- und Klimapolitik sind nicht die Gebiete, in denen ich mich sicher bewege und auskenne. Daher habe ich bisher keine eigenen Pläne zum Individualverkehr erarbeitet. Die Partei DIE LINKE ist jedoch auf diesen Gebieten sehr aktiv und ich werde alle Vorschläge und Pläne mit vertreten.

Werden Sie für Maßnahmen eintreten, die Anreize für den Umstieg von motorisiertem Individualverkehr auf öffentliche Fern- und Nahverkehrsmittel bieten und falls ja, für welche?

Jens Guth (SPD):

Die Stärkung des ÖPNV, SPNV und des Schienenfernverkehrs ist eine unserer zentralen verkehrspolitischen Leitlinien. So wollen wir das Umsteigen attraktiv machen. Mit dem Neuen Nahverkehrsgesetz (NVG) schaffen wir einen verkehrspolitischen Meilenstein für Rheinland-Pfalz: als erstes Bundesland werden wir den ÖPNV zur kommunalen Pflichtaufgabe machen und damit auf ein sehr starkes Fundament stellen. So schaffen wir die Voraussetzungen für starke Investitionen in den ÖPNV im gesamten Land. In Zukunft gibt es keine Trennung mehr zwischen Straße und Schiene, wir integrieren neue Mobilitätsformen (z.B. Car Sharing, Mitfahrgelegenheiten, Bürgertaxen, Radmietsysteme / Leitsysteme etc.) und sorgen für einheitliche Tarife.

Wir wollen insgesamt für einen niedrighschwelligigen Zugang zu alternativen Mobilitätsformen sorgen: Wir werden eine Rheinland-Pfalz-Mobilitäts-App schaffen, die alle Mobilitätsangebote von ÖPNV, Car-Sharing, Leihsystemen von Fahrrädern und Taxen etc. in ganz Rheinland-Pfalz zusammenführt und den Bürgerinnen und Bürgern die Nutzung individueller und passgenauer Angebote ermöglicht. In Worms trete ich dafür ein, dass wir 2 neue Bahnhaltdepunkte bekommen! Ein Halt der Regionalbahn in Worms-West (Poseidon-Schwimmbad) und ein Halt der S-Bahn im Wormser Süden (Salamander-Gelände) für den Anschluss an das Eisbachtal und Unternehmen wie z.B. Renolit oder Kiefel.

Stephanie Lohr (CDU):

(Die Frage wurde zusammen mit der vorhergehenden Frage „Was sind Ihre Pläne für den Individualverkehr in Rheinland-Pfalz?“ beantwortet)

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Ja! Das beginnt bei Europäischen Nachtzügen. Wir wollen eine bessere Anbindung an den Fernverkehr auch für Worms, Kund*innenfreundliche Bahnhöfe (auch kleinere!) und Bushaltestellen.

Stillgelegte Bahnhöfe und Bahnstrecken wollen wir reaktivieren (Bsp. Zellertal, Ahrtalbahn u.a.,)

Wir brauchen dringend eine erhebliche Vereinfachung beim Fahrkartenkauf: Ein Ticketsystem für alle öffentlichen Verkehrsmittel.

Wir begrüßen das nun beschlossene Nahverkehrsgesetz: ÖPNV ist kommunale Pflichtaufgabe und kann endlich angemessen finanziert werden.

Wir wollen eine Erweiterung der ÖPNV-Förderung auch auf zB Sharingdienste, Fähren, etc.

ÖPNV ist nicht nur klimafreundlich, sondern auch gerecht. Dazu gehört natürlich flächendeckende Barrierefreiheit.

siehe auch nächste Frage

Heike Mehlmann (DIE LINKE.):

Ich werde selbstverständlich für Maßnahmen eintreten, um vom Individualverkehr zum ÖPNV möglichst umzuwandeln. Hierbei ist es wichtig, dass das öffentliche Verkehrsnetz weiter ausgebaut wird, engere Taktungen veranlasst werden und die Fahrtkosten minimiert werden. DIE LINKE fordert bereits seit Jahren einen kostenfreien Nahverkehr und hat hierzu auch klare Forderungen formuliert.

Was halten Sie von Maßnahmen, die den ÖPNV kostengünstiger oder kostenlos machen (Nulltarif, 365-Euro-Ticket)?

Jens Guth (SPD):

Wir als SPD stehen für eine bezahlbare, flächendeckende und umweltgerechte Mobilität. Daher wollen mehr und kostengünstigeren ÖPNV - daran arbeiten wir entschlossen weiter. Wir werden die Tarifmodelle im ÖPNV und SPNV gemeinsam mit den Verkehrsverbänden modern und sozial gestalten. Wir befürworten ein landesweites Semesterticket und unterstützen die Studierendenvertretungen und Zweckverbände und Verkehrsverbände auf dem Weg dorthin. Wir wollen gemeinsam mit den Verbänden mit dem RLP-Jugendticket ein gemeinsames Angebot ab der Sekundarstufe II schaffen, damit Oberstufen-, Fach- und Berufsschülerinnen und -schüler sowie Auszubildende und Freiwilligendienstleistende für 365 Euro im Jahr mobil unterwegs sein können. Das Jugend-Ticket ist für uns ein wichtiger erster Schritt hin zu noch mehr günstigen Mobilitätsangeboten für die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer. Wir unterstützen die Bewerbungen von Mainz und Ludwigshafen für das Bundesmodellprojekt 365€-Ticket. Hierzu hat die SPD im Wormser Stadtrat auch einen Antrag gestellt.

Stephanie Lohr (CDU):

Insbesondere für Schüler, Azubis und Studenten sollte der ÖPNV kostenlos sein. Allerdings muss das auch finanziert werden und hier erwarte ich mehr Engagement vom Land. Denn ich bin davon überzeugt, wer von Kindesbeinen an den ÖPNV gewohnt ist und die Vorteile schätzt, ist offener dafür, diesen auch als Erwachsener gegenüber dem eigenen PKW den Vorzug zu geben. Der Preis sollte kein Argument sein, dass man den ÖPNV nicht nutzt. Aus diesem Grund muss der ÖPNV günstiger sein als die Autofahrt. Einem Nulltarif stehe ich kritisch gegenüber. ÖPNV muss insbesondere eins sein,

attraktiv und smart. Wir müssen gerade hier in Worms noch viel investieren, um zum Beispiel Bushaltestellen mit digitalen Fahrplänen auszustatten. Auch die Umstellung auf E-Busse oder auf Wasserstoffantrieb ist zunächst mit hohen Kosten verbunden. Diese Ziele werde ich höher ein, als einen Nulltarif.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Wir wollen als ersten Schritt ein 365-Euro-Jahresticket für junge Menschen (dazu haben wir eine ganz aktuelle Studie zur Finanzierbarkeit), Jobticket, Sozialticket.

Wie stehen Sie zu Ausbau und Elektrifizierung von schienengebundenem Verkehr?

Jens Guth (SPD):

Bei der Elektrifizierung wollen wir deutlich vorankommen - nur so kann die Schiene ihre Stärken wirklich vollends ausspielen. Wir stärken daher die Schiene als leistungsfähigen und umweltfreundlichen Verkehrsträger - auch und gerade für den Güterverkehr - durch Reaktivierung und Elektrifizierung. Eine Modernisierung der Bahnstrecken für den Güterverkehr schafft auch verbesserte Rahmenbedingungen für den Ausbau des Personenverkehrs. Hierin sehen wir einen entscheidenden Hebel um die oft sehr langwierigen Verfahren zugunsten der Schiene gestalten und beschleunigen zu können.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Ganz wichtig, der Zug ist das klimafreundlichste und komfortabelste Fortbewegungsmittel! Wir wollen auch kleinere Strecken reaktivieren (siehe oben). Mittel im Bundeshaushalt vom Straßen- zum Schienenbau umwidmen.

Auch müssen mehr Güter auf die Schiene. Aber auch mehr Menschen, wir Wormser*innen brauchen eine direkte Anbindung zB nach Frankfurt, Heidelberg, Kaiserslautern.

Bis 2025 wollen wir 70% des Schienenverkehrs elektrifizieren (plus Antriebe mit Batterie oder Grünem Wasserstoff.)

Was halten Sie von einer Neuverteilung des bestehenden Verkehrsraums (Parkflächen, Straßen) zugunsten von Radverkehr, Fußgänger:innen und ÖPNV?

Jens Guth (SPD):

Fragen der Flächennutzung werden zu Recht immer häufiger diskutiert. Es ist völlig klar, dass es gerade in Städten wie Worms das Ziel sein muss, auf dem ohnehin begrenzt vorhandenen Raum attraktivere, sozial und ökologisch wertvollere Nutzungsformen als das Parken zu ermöglichen. Parallel dazu müssen wir aber in Worms unsere vorhandenen Parkhäuser sanieren! Weiterhin sind wir ebenfalls gerade dabei mehr Fahrradstrassen auszuweisen.

Stephanie Lohr (CDU):

Diese Frage muss jede Kommune für sich entscheiden – mit den Menschen vor Ort und nicht gegen sie. Jede Stadt ist anders und hat andere Voraussetzungen und Anforderungen. Uns ist es als CDU hier in Worms ein Anliegen, dass wir gemeinsam mit allen Akteuren eine Lösung für Worms finden. Wir haben den Anspruch, gleichermaßen für Bewohner, Kunden und Touristen eine attraktive Innenstadt zu gestalten und dazu ein passendes wie nachhaltiges Mobilitätskonzept umzusetzen.

Wir setzen dabei auf den Parkring, umfassende Geschwindigkeitsreduzierungen, Begrenzungen auf Anliegerverkehr, um den motorisierten Verkehr in der Innenstadt zu reduzieren und damit auch sicherer für Radfahrer und Fußgänger zu gestalten. Mit diesem Maßnahmenbündel in Verbindung mit einem attraktiven ÖPNV wollen wir eine für alle Beteiligten verträgliche Lösung umsetzen, die ökologisch und wirtschaftlich für Worms sinnvoll ist.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Genau das ist unser Ziel, und meines als begeisterte Innenstädterin erst recht. Wir brauchen mehr Platz für Menschen zu Fuß, für Kinder, für Grün. Parkplätze entsiegeln. Parkhausneubauten und -sanierungen habe ich stets abgelehnt, wir brauchen Alternativen. Stellplatzablösen müssen in Ausbau ÖPNV und Radverkehr fließen. Dafür brauchen wir mehr sichere und komfortable Abstellmöglichkeiten für Rad, E-Bike und Lastenrad. Letzteres müssen wir fördern für innerstädtische Lieferdienste. Wichtig ist auch eine kind- und senior*innengerechte Fußwegeplanung.

Heike Mehlmann (DIE LINKE.):

In Worms gibt es bereits eine Fahrradstraße, wünschenswert ist der weitere Ausbau, vor allem in der zentralen Innenstadt. Hierzu muss natürlich ein Konzept, wie z.B. park-and-ride, erarbeitet werden, um die Innenstadt weitestgehend autofrei zu halten.

Wie stehen Sie einer Verkehrsberuhigung in Innenstädten gegenüber?

Jens Guth (SPD):

Ich halte es für richtig und wichtig im Innenstadtbereich und vor bestimmten weiteren Strecken, z.B. vor Kitas, Schulen oder Seniorenheimen Tempo 30 einzuführen. Bürgerinnen und Bürger wünschen sich zu Recht weniger Belastung durch Lärm und sonstige Emissionen.

Stephanie Lohr (CDU):

(Die Frage wurde zusammen mit der vorhergehenden Frage „Was halten Sie von einer Neuverteilung des bestehenden Verkehrsraums (Parkflächen, Straßen) zugunsten von Radverkehr, Fußgänger/-innen und ÖPNV?“ beantwortet)

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Ganz wichtig, aus Gründen der Sicherheit und Attraktivität. Wir haben dazu für zahlreiche Stellen bereits Initiativen gestartet, Anfragen und Anträge gestellt.

Wie stehen Sie flächendeckendem Tempo 30 in Innenstädten gegenüber?

Jens Guth (SPD):

Mehr Geschwindigkeitsbegrenzung in Innenstädten kann ein wirkungsvolles Instrument sein. Wir wollen in jedem Fall mehr Tempo-30-Zonen in Städten und Gemeinden, um so die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und die Sicherheit im Straßenverkehr zu verbessern.

Stephanie Lohr (CDU):

(Die Frage wurde zusammen mit der vorhergehenden Frage „Was halten Sie von einer Neuverteilung des bestehenden Verkehrsraums (Parkflächen, Straßen) zugunsten von Radverkehr, Fußgänger/-innen und ÖPNV?“ beantwortet)

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Unterstütze ich voll und ganz. Das entspricht übrigens auch den Ergebnissen der Bürgerbefragung Mobilitätskonzept. Erster Schritt wäre z.B. Tempo 30 bei Nacht aus Gründen des Lärmschutzes, damit Wohnen in der Innenstadt attraktiv ist.

Heike Mehlmann (DIE LINKE.):

Selbstverständlich ist in diesem Zusammenhang und als vorerst schneller umsetzbare Maßnahme die generelle Veranlassung des Tempo 30 in der Innenstadt ein unbedingt wünschenswertes Konzept.

Welche Maßnahmen werden Sie für den naturverträglichen Ausbau von Rad- und Fußwegen ergreifen?

Jens Guth (SPD):

Wir wollen das Rad als alltägliches Verkehrsmittel stärken – gerade auch im Berufsverkehrs. Daher hat die SPD-geführte Landesregierung die Förderung für den Radwegebau in der auslaufenden Legislaturperiode erheblich ausgeweitet. Bereits heute unterstützt das Land Kommunen mit einer Förderung bis zu 90 Prozent beim Radwegebau, es wird gerade ein Radverkehrsentwicklungsplan für das ganze Land erstellt und das aktuelle Straßenbauprogramm des Landes für das Jahr 2021 beinhaltet so viele Radwege wie nie zuvor.

Darauf bauen wir auf und verstärken unsere Bemühungen. Um die Infrastruktur attraktiv auszubauen, wollen wir in Städten sichere Radwege ausbauen und eigene Ampelschaltungen etablieren. Außerdem wollen wir den Bau von sicheren Abstellmöglichkeiten wie zum Beispiel Fahrradparkhäuser fördern. Um auch im ländlichen Raum die Infrastruktur auszubauen, sollen die Radwege entlang von Landstraßen ausgebaut werden. Hierzu werden wir die Kriterien für den Bau von Radwegen ändern und beim LBM die Funktion eines Radbeauftragten einführen, der Kommunen berät.

Wir verleihen der Nutzung des Fahrrades im öffentlichen Dienst zusätzlichen Schwung und wollen ein Jobrad-Modell etablieren. Dadurch wird das Radfahren noch attraktiver und wir leisten einen Beitrag zur emissionsfreien Mobilität. In Worms werden wir die Routen von den Stadtteilen in die Innenstadt alltagstächlich ausbauen.

Stephanie Lohr (CDU):

Bei diesem Thema müssen wir Kompromisse finden und uns bewusst sein, dass es meistens keine optimale Lösung für alle Interessen gibt. Der kürzeste und schnellste Weg steht oftmals nicht im Einklang mit dem Natur- und Artenschutz.

Ein komfortabler, nachts beleuchteter und asphaltierter Radweg durch die Gemarkung ist ein Eingriff in die Natur. Hier wünsche ich mir eine ehrliche Debatte und eine transparente Abwägungsentscheidung zwischen dem Wunsch nach komfortabler Mobilität und verantwortungsvollem Umwelt- und Artenschutz. Diese Diskussionen sind wichtig, aber sie kosten Zeit und hier werbe ich für Verständnis auf allen Seiten.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Wir Wormser*innen wollen das Fahrrad alltagstauglich machen. Mit dem Rad auch mittlere und weitere Strecken zurücklegen - das heißt: echte Alternative auch für Berufspendler*innen. Wie viel Lebensqualität können wir hier ermöglichen, für die auf dem Rad oder E-Bike, aber auch als Entlastung für alle, die aufs Auto angewiesen sind.

Wir wollen ein Radwegenetz für unseren Wormser Alltag: gute Anbindungen in alle Richtungen und Anschlüsse an das überregionale Netz. Beim Individualverkehr muss für Rad so umfassend geplant werden, wie man es für Autos längst getan hat. Die Innenstadt braucht Verkehrsberuhigung, sichere Radwege, Fahrradstraßen, Abstellmöglichkeiten. Dabei ist ganz wichtig: Unter Rad stellen wir uns das superschnellen E-Bike genauso vor wie das Lastenrad mit 4 Getränkeboxen und ein Kind im Kindergartenalter, das gerade erst fahren lernt. Für sie alle brauchen wir Infrastruktur.

Dabei ist uns der ständige Austausch mit Naturschutz- und Radverbänden sehr wichtig. Für die Planung brauchen wir enge Abstimmung. Dadurch entstehen die besten Lösungen zB bzgl. Bodenbelag.

Trassenführung mit wenigstmöglichen Eingriffen, dafür kämpfen wir z.B. bei der Radroutenplanung Pfeddersheim-Pfifflichheim. Allgemein brauchen wir gegen Flächenversiegelung eine neutrale Flächenbilanz (siehe unten)

Energie

Um die Energiewende zu schaffen, muss der deutschlandweite Energieverbrauch um etwa die Hälfte gesenkt werden.

Welche Maßnahmen schlagen Sie vor?

Jens Guth (SPD):

Wir wollen eine Energiewende, die für alle finanzierbar ist. Wir setzen dabei auf den Dreiklang „Energieeinsparung - Energieeffizienz - Erneuerbare Energien“. Der Faktor Energieeinsparung spielt dabei eine entscheidende Rolle. Entsprechende Maßnahmen haben wir mit dem Landesklimaschutzgesetz und dem Klimaschutzkonzept formuliert und bereits vor Jahren die richtigen Weichen gestellt. Wir stehen dafür ein, das Landesklimaschutzkonzept weiterzuentwickeln und die Landesziele verbindlich festzulegen. Mit unserem Wormser EWR haben wir einen starken innovativen Partner für Worms und die Region.

Stephanie Lohr (CDU):

Mit dem im Dezember 2019 verabschiedeten Klimaschutzgesetz (KSG) wurden von der Bundesregierung verbindliche Treibhausgasminderungsziele für die Jahre 2020 bis 2030 in den verschiedenen Sektoren, inklusive Zwischen- und Sektorziele als zulässige Jahresemissionsmengen festgelegt. Wir stehen zu diesen Zielen und werden als Rheinland-Pfalz unseren Beitrag leisten. Die Treibhausgas Emissionen nach KSG sollen bis zum Jahr 2030 um mindestens 55 % (gegenüber dem Jahr 1990) gesenkt werden. Es ist Aufgabe einer Landesregierung hier verlässliche Zwischenziele zu definieren. Die CDU hat immer gesagt, dass es verlässliche Zwischenziele braucht anstatt großer Ankündigungen. Die SPD nennt jetzt wieder Jahreszahlen, einen Ausbauplan hat sie nicht.

Wir stehen für realistische politische Ziele, verlässliche und langfristige Rahmenbedingungen. Wir unterstützen das Ziel, bis 2030 Strom bilanziell zu 100% aus erneuerbaren Energien zu produzieren, werden dafür aber mehr als bisher auf Meilensteine, Zwischenziele und Brückentechnologien setzen.

Die Dekarbonisierung von Wirtschaft und Rheinland-Pfalz ist ein starker Wirtschaftsstandort mit einem hohen Energiebedarf. Wir bekennen uns zu unserer starken Industrie. Eine klimaneutrale Gesellschaft ist die Zukunftsaufgabe, die wir mit den Instrumenten der sozialen Marktwirtschaft angehen wollen. Wir stehen für realistische politische Ziele, verlässliche und langfristige Rahmenbedingungen. Diese sollten aber mindestens auf nationalen, besser noch auf europäisch-einheitlichen Regeln fußen. Einen Alleingang in RLP lehnen wir ab. Klar ist aber, die Landesregierung hat eine Vorbildfunktion. Zentrale Aufgabe der politischen Ebene ist nicht nur die Ausrufung von Zielen, sondern auch die Erarbeitung eines konkreten Fahrplans, wie diese erreicht werden sollen. Bei den verschiedenen Klimazielen fehlt eine solche Prognose, genauso wie Meilensteine und das notwendige Monitoring.

Hier muss nachgebessert werden. Und so haben wir im Haushalt zum Beispiel einen Sanierungsfahrplan beantragt. Nur mit einem Sanierungsfahrplan für Landesliegenschaften kann das Ziel erreicht werden, „bis zum Jahr 2030 die Behörden, Hochschulen und sonstigen Landeseinrichtungen, soweit sie der unmittelbaren Organisationsgewalt des Landes unterliegen, in der Gesamtbilanz klimaneutral zu organisieren“ (LKSG § 9 Abs. 3).

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Da sehe ich in der Tat eine große Herausforderung, da die technische und strukturelle Entwicklung eher mehr als weniger Energie zu brauchen droht. Bsp. Digitalisierung: Blauer-Engel-Software, ökologische Beschaffungskriterien. Unser Ziel: Erneuerbaren Strom intelligent nutzen durch

Sektorenkopplung und Abstimmung von Erzeugung/Speicherung /Verbrauch.

Wichtig: Zusammenarbeit mit regionalem Handwerk (auch Dämmung, Energiespartetechnologien, effiziente Heizung etc).
Wärmewende: Erneuerbare Nahwärmenetze, Sanierung öffentliche Gebäude, Abwärme nutzen. Einen großen Beitrag kann und muss der Bereich Mobilität leisten (siehe oben).

Heike Mehlmann (DIE LINKE.):

DIE LINKE fordert hier zu seit Jahren eine klare Wende, zum einen durch den Ausstieg aus der Kohle Energie bis 2030, Verbot von Fracking, Förderung und Forderung von alternativen Energiequellen, wie z.b. Windkraftträdern, Photovoltaik und Solarenergie. Privatleute, die sich z.b. dafür entscheiden, Photovoltaik-Anlagen verbauen zu lassen, müssen hierzu unbedingt wesentlich mehr finanziell gefördert werden. DIE LINKE fordert außerdem, die Subventionierung von Fluggesellschaften zu stoppen.

Welche Pläne haben Sie für den Ausbau von regenerativen Energien?

Jens Guth (SPD):

Konkret vorantreiben wollen wir die Nutzung von Sonnenenergie (Photovoltaik, Solarthermie, etc), indem wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass der Ausbau zügig vorangeht und von vielen Eigenheimbesitzerinnen und -besitzern, Mieterinnen und Mietern, Unternehmerinnen und Unternehmern sowie im öffentlichen Bereich unbürokratisch genutzt werden kann. Ich habe im Wormser Stadtrat das 1000-Dächer-Programm initiiert. Dies wurde mittlerweile übertroffen.

Auch die Windkraft wird in unserem Land weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Der Anteil der Windenergie entspricht heute einem Drittel der gesamten Stromerzeugung. Wir wollen Rahmenbedingungen so verändern, dass zusätzliche Standorte möglich werden, um noch vorhandene Potenziale auszuschöpfen. Hier gilt es, die Genehmigungsverfahren anzupassen. Insbesondere beim Austausch von bestehenden Anlagen durch neuere und effizientere Anlagen (Repowering) sehen wir großes Potential. Sonderbauflächen beidseits der Auto- und Eisenbahntrassen können hier ebenfalls eine gute Option sein.

Moderne Speichertechnologien können dazu beitragen, effizienter mit der erzeugten Energie umzugehen, auch im Bereich der Energieeinsparung liegt noch viel Potential, ebenso in der Kraft-Wärme-Kopplung in der Industrie. Ein weiterer wichtiger Faktor im Bereich der Erneuerbaren Energien ist die Produktion von grünem Wasserstoff aus heimischen Erneuerbaren Energien für die Energiespeicherung und für die Mobilität. Wir fördern dafür innovative Speichertechnologien (Power-to-Heat, Power-to-Gas, Batterien, etc.) und setzen auf Hocheffizienztechnologien wie die Kraft-Wärme-Kopplung, um die dezentrale Stromversorgung auszubauen. Power-to-Heat-Technologien sollen in die Wärmenetzinfrastrukturen integriert werden,

damit erneuerbare Wärme zu Zeiten negativer Strompreise in die Netze eingekoppelt werden kann. Hierzu bedarf es einer Entlastung der Stromkosten.

Stephanie Lohr (CDU):

Der Ausbau der Elektromobilität und die Umsetzung einer zukünftigen Wasserstoffstrategie werden dazu führen, dass der Strombedarf im Land steigen wird. Wir müssen daher weiter erneuerbare Erzeugungskapazitäten schaffen und können uns insbesondere nicht leisten, Kapazitäten auf diesem Weg zu verlieren. Zudem ist die Verfügbarkeit von Erneuerbaren Energien mehr und mehr als Standortvorteil für Unternehmen zu sehen, die wegen steigender Marktnachfrage klimaneutral produzieren wollen.

Bei diesem Ausbau gilt für uns die Maxime: Bestand vor Neubau, sowohl für Windenergieanlagen (WEA) als auch die Photovoltaik (PV). Bereits heute können wir einen signifikanten Zubau von Erneuerbaren Energien erreichen, wenn wir die bestehenden und vielfach auch akzeptierten WEA durch neue Anlagen ersetzen (sog. Repowering). In den nächsten fünf Jahren fallen 583 WEA aus der EEG-Förderung hinaus. Ein Verlust dieser Standorte wäre nicht nur energiepolitisch, sondern auch im Hinblick auf die Akzeptanz in der Bevölkerung kontraproduktiv, da zur Einhaltung gleichbleibender Ziele neue Standorte erschlossen werden müssten. Rheinland-Pfalz ist für ein konsequentes Repowering aktuell nicht vorbereitet. Es braucht hier eine Strategie, die klar darlegt, unter welchen Bedingungen welche Anlagen ersetzt werden können. Zum Beispiel benötigt es Lösungen für WEA, die zwischen 800 und 1.100 Metern stehen. Gleichzeitig ist die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung ein zentraler Baustein des Erfolgs. Deshalb sollte es eine Möglichkeit des Repowering geben, sofern der Kreistag/Stadtrat zustimmt und die Akzeptanz vor Ort gegeben ist. Der Landesentwicklungsplan (LEP) ist dementsprechend zu überarbeiten.

Zudem ist der Neubau von WEA ins Stocken geraten. Auch wenn in der politischen Diskussion die Abstandsregeln sowie die

Vergütungsmodalitäten im Fokus stehen, sind nach Einschätzung der Branche langwierige Genehmigungsverfahren sowie das Risiko von Klagen von Natur- und Artenschützern das weitaus größere Problem. Bei der Flächenbereitstellung kommt den regionalen Planungsgemeinschaften eine zentrale Rolle zu. Bei den Genehmigungsverfahren ist der Gesetzgeber gefragt. Das Investitionsbeschleunigungsgesetz ist ein erster Schritt hin zu schnelleren Planungs- und Genehmigungsverfahren. Auf Landesebene kann eine zentrale Projektkoordinierungsstelle als Dienstleister für die Kommunen fungieren, die vielfach mit den komplizierten Verfahren überfordert sind. Die Entscheidung, ob dort eine WEA entsteht, muss im Rahmen des Flächennutzungsplans in der Hand der Kommune bleiben. Die Landesregierung sollte hier den Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie den regionalen Planungsgemeinschaften suchen.

Neben WEA wird auch zunehmend für PV-Anlagen die EEG-Förderung enden. Im Jahr 2021 werden dies 538 Anlagen sein. Um einen Anreiz zum Weiterbetrieb dieser Anlagen zu setzen, wollen wir das Solarspeicherprogramm auf Bestandsanlagen ausweiten, um so den Eigenverbrauch zu optimieren.

Für neue PV-Anlagen steht eine große Anzahl von Dachflächen bereit, die - bei geeigneter Statik - nachgerüstet werden können. Auch bereits versiegelte Flächen wie zum Beispiel Parkplatz- und Lagerflächen könnten mit einer PV-Anlage überdacht und damit einen zusätzlichen Nutzen bringen. Dieses Potenzial gilt es zu erschließen, bevor weitere Flächen der konkurrierenden Nutzung (z. B. der Landwirtschaft) entzogen werden.

Hier ist die Landesregierung besonders in einer Vorbildfunktion. Bei dem oben genannten Sanierungsfahrplan sollte der Ausbau der Photovoltaik auf den landeseigenen Gebäuden eine zentrale Rolle einnehmen. Vielfach möchten auch Kommunen eine PV-Anlage installieren. Dies wird jedoch von der ADD als freiwillige Aufgabe oft behindert. Deshalb soll ein Programm zur Unterstützung der Kommunen bei der Errichtung von PV-Anlagen aufgelegt werden. Gerade finanzschwache Kommunen sollen damit animiert werden, z. B. bei der Sanierung von KiTas, Schulen oder

Verwaltungsgebäuden zusätzlich eine PV-Anlage zu installieren.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Wir wollen Photovoltaik verdreifachen, Windenergie verdoppeln bis 2030. In unserem Wahlprogramm stehen die umfangreichen Details, von Regionalisierungskomponente und Repowering Wind über die Förderung von Energiegenossenschaften, Entbürokratisierung des Mieterstroms bis zur Solarpflicht für Neubauten sowie eine Unterstützung für die Kommunen, um ihre vielen Dächer zu nutzen und zb aus Parkplätzen Solararports mit E-Ladestation zu machen.

Auf welche Energieträger soll Rheinland-Pfalz künftig setzen?

Jens Guth (SPD):

Wir setzen auf die Kraft der Erneuerbaren Energien. Wind, Sonne, Wasserkraft oder Biomasse sind bereits jetzt wichtige Stromlieferanten für unser Land. Inzwischen stammt jede zweite hierzulande erzeugte Kilowattstunde Strom aus Erneuerbaren Energien. Unser Ziel ist es, diese umweltfreundliche Energiequelle im Einklang mit dem Landschafts- und Naturschutz, dem Schutz der Kulturlandschaft sowie den Bedürfnissen der Bevölkerung weiter deutlich auszubauen.

Stephanie Lohr (CDU):

Wir setzen hier auf einen Mix aus dem Ausbau der Erneuerbaren Energie unter den soeben genannten Prämissen. Wir fordern eine eigene (echte) Wasserstoffstrategie für Rheinland-Pfalz, verbunden mit der Investition in Forschung und Entwicklung. Aus diesem Grund haben wir in der Haushaltsdebatte einen Lehrstuhl für Wasserstoff in Rheinland-Pfalz gefordert. Der Antrag wurde von der Landesregierung abgelehnt. Ein weiterer wichtiger Baustein ist eine konsequente Umsetzung der Wärmewende. Denn ca. die Hälfte des Energieverbrauchs in Deutschland erfolgt in Form von Wärme. Wir wollen die Kommunen befähigen und stärker unterstützen Nah- und Fernwärmenetze auszubauen und Intelligente Quartierskonzepte umzusetzen.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Erneuerbare Primärenergieträger: Sonne und Wind. Sie sind jetzt schon günstiger als fossile. Wir haben in der Vergangenheit Kohle- wie Atomstrom weit mehr subventioniert als erneuerbare. Das muss aufhören! "Atomkraft Nein Danke" gilt nach wie vor. Rheinland-Pfalz ist ein Sonnenland: Sonne

schickt keine Rechnung. Was wir für erneuerbare ausgeben,
bleibt bei guten Rahmenbedingungen in der Region.

Was ist Ihre Meinung zum Energiespeicher Wasserstoff?

Jens Guth (SPD):

Wir setzen auf die Produktion von grünem Wasserstoff aus heimischen Erneuerbaren Energien für die Energiespeicherung und für die Mobilität. Wir fördern innovative Speichertechnologien (Power-to-Heat, Power-to-Gas, Batterien, etc.) und setzen auf Hocheffizienztechnologien wie die Kraft-Wärme-Kopplung, um die dezentrale Stromversorgung auszubauen.

Die Ausgestaltung der Wasserstoffstrategie ist für uns entscheidend für die Zukunft des gesamten Standorts. Wir wollen Rheinland-Pfalz zu einem Industrieland der Zukunft machen. Hierbei sehen wir im sektorenübergreifenden Einsatz von grünem Wasserstoff das klare Zielszenario. Andere Formen des Wasserstoffs wollen wir auf dem Weg dahin aktiv nutzen. Unerlässlich sind vor diesem Hintergrund bessere Rahmenbedingungen für Erneuerbare Energien sowie der konsequente Ausbau der regenerativen Stromerzeugung im Land. Mit der "Roadmap Wasserstoffwirtschaft" wollen wir die kommenden Schritte verbindlich festschreiben. Es sollen Bedarfe für klimaneutralen Wasserstoff identifiziert, Kooperationen der einzelnen Akteure geschaffen und so eine zukunftsfähige Wasserstoffwirtschaft in Rheinland-Pfalz aufgebaut werden. Für uns ist klar: Um Wasserstoff als regenerativ erzeugten Energieträger der Zukunft in der Breite zu etablieren, bedarf es eines noch ambitionierteren Ausbaus der Erneuerbaren Energien. Hierzu bekennen wir uns und verfolgen das Ziel einer rein regenerativen Energieerzeugung bis 2030.

Stephanie Lohr (CDU):

Neben den bereits genannten Aspekten wollen wir eine ressortübergreifende Wasserstoffstrategie auflegen. Sie sollte konkrete Berechnungen des Bedarfs, des Angebots und der erforderlichen Infrastruktur enthalten.

Dazu werden wir die Energieforschung an den Hochschulen ausbauen. Es sind mehr Haushaltsmittel für die Energieforschung erforderlich. Bisher liegt Rheinland-Pfalz auf dem letzten Platz bei den Anstrengungen im Bereich technologischer wirtschaftlicher Wandel. Wir gehen technologieoffen vor. Auch Speichertechnologien sollten erforscht werden.

Abschließend wollen wir einen Nachhaltigkeitsdialog starten. Die Wirtschaft des Landes, insbesondere die Industrie, möchte klimaneutral werden und hat sich bereits heute auf den Weg gemacht. Dazu braucht sie die Unterstützung der Politik. Wir werden mit der Wirtschaft und den betroffenen Akteuren der Gesellschaft einen Nachhaltigkeitsdialog starten. So sehen wir, was genau notwendig ist für unser Land und können uns auch auf der Bundesebene für Rheinland-Pfalz einsetzen.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Wasserstoff muss Grün sein, das heißt, aus erneuerbaren Energien stammen! Wir sehen enormes Potential in Power toX (Nutzung von Stromüberschüssen durch Umwandlung in andere Energieträger): Statt das Windrad anzuhalten, wollen wir zB den überschüssigen Strom als Wasserstoff nutzen - vor Ort. Wir brauchen eine Grüne Landeswasserstoffstrategie, betr. Wasserstoffgewinnung und -logistik. ZB. in der chemischen Industrie können so Produktionsprozesse klimaneutral werden. Wir brauchen Wasserstoff aber auch im Bereich Mobilität. So können wir auch einen Beitrag zur Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien leisten.

Naturschutz

Die Landwirtschaft ist momentan einer der Hauptproduzenten von Treibhausgasen und verantwortlich für viele andere Umweltprobleme (Überdüngung, Insektensterben, Artenschwund).

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie hier umsteuern?

Jens Guth (SPD):

Unsere zumeist kleinen bis mittelgroßen Betriebe in der Landwirtschaft und im Weinbau sind prägend für das Landschaftsbild und den guten Ruf der Produkte aus Rheinland-Pfalz. Wir wollen die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz erhalten, haben aber auch den Erhalt der Biodiversität im Blick. Wir setzen dabei auf ein Miteinander von ökologischer und konventioneller Landwirtschaft. Im Mittelpunkt steht für uns regionale Erzeugung vor Ort, verbunden mit einem nachhaltigen Anspruch, unterstützt durch gezielte Förderprogramme.

Stephanie Lohr (CDU):

Die Landwirtschaft ist Teil der Lösung und nicht das Problem und hat einen Anspruch darauf, dass man sie nicht pauschal an den Pranger stellt. Die Landwirte leben mit und vom Klima und sehen sich als Bewahrer der Schöpfung. Ich werbe dafür, dieses „schwarz-weiß-Denken“ endlich zu beenden. Landwirtschaft und Weinbau, Industrie, Umwelt-, Klima- und Naturschutz sind gleichberechtigte Akteure. Ein Schritt wird daher sein, die Landwirtschaft, den Weinbau und den Umweltschutz wieder unter einem gemeinsamen Dach in einem Ministerium zu vereinen und Ökologie und Ökonomie zu verzahnen.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Wir wollen eine klimafreundliche und nachhaltige regionale Landwirtschaft mit fairen Preisen.

Landwirt*innen stecken oft in schwierigen Situationen zwischen politischer Regulierung und Preisdruck und spüren die Folgen der Klimakrise als erste durch Artensterben, Waldschäden, Schädlingsausbreitung.

Wir können hier nur im engen Dialog zusammen mit den Naturschutzverbänden und vielen anderen Akteuren (z.B. auch Gewässerzweckverbände) weiterkommen. Dazu brauchen wir mehr Foren auf allen Ebenen.

Rahmenbedingungen und Anreize für umweltverträgliche Landwirtschaft müssen Hand in Hand gehen mit klarer Kennzeichnung für Verbraucher*innen. Wir wollen bis 2030 30% ökologische Landwirtschaft. Für alle hilft Digitalisierung für ressourcenschonendes Wirtschaften, Weiterbildung und rechtzeitigere Grundlagenforschung: Nutzpflanzen wurden zu lange auf Ertrag statt auf Widerstandsfähigkeit gezüchtet.

Wir wollen kurze Lieferwege und regionale Absatzmärkte.

Für uns GRÜNE ist grundsätzlich die europäische Agrarpolitik der entscheidende Hebel für eine erfolgreiche Umstellung auf eine naturverträgliche, nachhaltige Landwirtschaft. Wir wollen, dass die Ausgestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) die Vorgaben des Green Deals mit der „Farm to Fork“ und der Biodiversitätsstrategie berücksichtigt und Auszahlung der Mittel direkt an Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen gekoppelt sind.

Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Möglichkeiten innerhalb der Europäischen Agrarpolitik (GAP) genutzt werden, um Biodiversität, Gewässerschutz und klimaschonende Landwirtschaft zu unterstützen

Heike Mehlmann (DIE LINKE.):

Kleine Landwirtschaftsbetriebe brauchen unbedingt Förderung durch das Land, es muss sichergestellt werden, dass sie ihre Waren auch zu Preisen verkaufen können, die ihr Überleben sichern. Außerdem muss unbedingt mehr Förderung und Förderung des biologischen Anbaus stattfinden. Als persönliche Meinung kann ich anfügen, dass unbedingt eine strenge Umsetzung und umfassende Kontrolle zur Einhaltung der Düngeverordnung stattfinden muss.

Was werden Sie tun, um mit den Folgen des Rückgangs der Artenvielfalt umzugehen?

Jens Guth (SPD):

Unsere Umwelt zu schützen bedeutet, unsere Lebensgrundlage zu erhalten. Daher treten wir für einen flächendeckenden Umwelt- und Naturschutz ein, der die unterschiedlichen Interessen im Blick behält.

Eine Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten ist vom Aussterben bedroht. Hier müssen wir entschieden gegensteuern, um die Biodiversität zu erhalten. Diese Artenvielfalt ist unabdingbar für unser gesamtes Ökosystem.

Im Bereich der Landwirtschaft tragen bereits jetzt Förderprogramme für die Landwirtschaft dazu bei, dass deren Einsatz für den Erhalt der Biodiversität weiter steigt. Auch etwa mit unserem Blühstreifenprogramm fördern wir die Biodiversität in Agrarlandschaften. Diese Fördermaßnahme wollen wir weiterentwickeln, um so aktiv dem Insektensterben entgegenzuwirken und einen Beitrag zur biologischen Schädlingsbekämpfung zu leisten.

Stephanie Lohr (CDU):

Wir unterstützen und fördern die Entwicklung einer ressortübergreifenden Biodiversitätsstrategie. Hierzu gilt es die wichtigen Treiber (den institutionellen Naturschutz, Forstwirtschaft, Landwirtschaft, Industrie, Forschungseinrichtungen und Naturschutzverbände) einzubinden. Wir werden ein Forum schaffen, das die Grundlage für eine gemeinsame, ressortübergreifende Biodiversitätsstrategie-Entwicklung ist. Unterstützt und gesteuert wird dieser Prozess durch die neu zu schaffende Position eines Staatssekretärs für Bioökonomie in der Staatskanzlei.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Anders priorisieren. Vermarktung biologischer und regionaler Produkte fördern, auch Wochenmarkt, "alte Sorten" fördern (zB auch alte Haustierrassen wie im Wormser Tierpark, das ist auch bewusstseinsbildend). Blühflächen, genug Platz für Bäume in der Stadt! Im Zweifel immer für den älteren Baum, denn Nachpflanzungen sind lange kein vollwertiger Ersatz (Grünvolumenzahl!).

Wir werden zur Erhöhung der Arten- und Strukturvielfalt aber auch alle Maßnahmen ergreifen, die wir auf Landesebene konkret bestimmen können. Wir wollen unsere Artenschutzprogramme für gefährdete Arten der Kulturlandschaften wie z.B. für den Kiebitz oder das Braunkelchen verstetigen und ausweiten. Wir streben eine landesweite Umsetzung des Eh-Da-Flächen Projekts an, um vorhandene Weg- und Ackerränder, Verkehrsinseln und Entwässerungsgräben naturschutzfachlich aufzuwerten und miteinander zu verbinden.

Darüber hinaus werden wir den Schutz von Gewässerrändern und den Erhalt von wertvollen Streuobstwiesen zB durch den Abschluss von langjährigen Pflegeverträge mit regionalen Streuobstinitiativen und Kommunen vorantreiben.

Wir möchten unsere zahlreichen Naturschutzgebiete aufwerten, indem wir eine flächendeckende, ökologische Landbewirtschaftung in diesen Gebieten anstreben.

Wie werden sie mit der Intensivierung der Landnutzung (Monokulturen, verstärkte Nutzung von Pestiziden) umgehen?

Jens Guth (SPD):

Wir wollen grundsätzlich erreichen, dass der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Landwirtschaft und Weinbau verringert wird. Potenziale sehen wir hier u.a. in einem entsprechenden Begrünungsmanagement und dem Einsatz von an den Klimawandel angepassten Bewirtschaftungssystemen.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Wir werden ein eigenes Pestizidreduktionsprogramm entwickeln und dadurch schrittweise alle chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel durch wirksame biologische, naturverträgliche Verfahren ersetzen. Auf Bundesebene werden wir uns für eine Berichtspflicht zum Pestizideinsatz stark machen und fordern zusätzlich eine massive Erhöhung der Forschungsmittel für die Entwicklung von naturverträglichen, alternativen Mittel. EU: "Farm to Fork" Pestizidreduktion bis 2030 auch in Rheinland-Pfalz umsetzen!

Sind Sie für eine strenge Umsetzung und Kontrolle der Düngeverordnung?

Jens Guth (SPD):

Der Gewässer- und Bodenschutz hat für uns höchste Priorität. Um der Nitratbelastung des Grundwassers entgegenzuwirken, muss auch die Landwirtschaft ihren Beitrag leisten. Dabei setzen wir bei der Umsetzung der Düngeverordnung darauf, gemarkungsbezogen auf örtliche Probleme zu reagieren und nach dem Verursacherprinzip vorzugehen. Das ist auch für die Landwirtinnen und Landwirte praxistauglich. Wir setzen uns vor diesem Hintergrund dafür ein, das Messstellennetz in besonders belasteten Gebieten stetig weiterzuentwickeln und auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zu überprüfen. Uns ist es wichtig, die Ziele des Gewässer- und Bodenschutzes und die Belange der Landwirtschaft in Einklang zu bringen.

Stephanie Lohr (CDU):

Gesetze und Verordnungen müssen eingehalten und kontrolliert werden.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Verordnungen sind einzuhalten. Zur Düngeverordnung muss ich mich, ehrlich gesagt, noch kundig machen.

Nachtrag hierzu:

Das Problem sind wohl fehlende Strukturen zur Datenerhebung, zB für Nitrat im Grundwasser. Es gibt dabei auch bis zu 30 Jahre Reaktionszeit (bis Schadstoffe im Grundwasser ankommen). Wichtig ist, wie ich mir sagen ließ, Infrastruktur dafür aufzubauen. Die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie dauert in Deutschland zu lang).

Etwa 60-70 Hektar Land werden jeden Tag für Siedlungs- und Straßenbau versiegelt. Das hat massive Auswirkungen für die Umwelt (Zerschneidung von Lebensräumen, Artensterben, Hochwasserrisiko, Überhitzung der Städte).

Was gedenken Sie, dagegen zu tun?

Jens Guth (SPD):

Bereits 2019 hat die Landesregierung unter Malu Dreyer in ihrem Nachhaltigkeitsbericht die Nachhaltigkeitsziele des Landes Rheinland-Pfalz beschrieben. Dazu gehört auch, Flächen effizient zu nutzen, den Flächenverbrauch zu begrenzen und der Innenentwicklung vor dem Neubau auf der grünen Wiese den Vorrang zu geben. Diese Ziele unterstützen wir ausdrücklich und werden sie weiter vorantreiben. Rheinland-Pfalz ist beim sparsamen Flächenverbrauch bereits auf einem guten Weg. Der Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche in den letzten Jahren lag deutlich unter dem anderer Länder. An dieser guten Entwicklung wollen wir weiter arbeiten. Einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung von Flächenversiegelung sehen wir in der Fortführung bestehender Begrünungskonzepte (z.B. Sonderprogramm „Mehr Grün im Dorf“). Diese wollen wir im Rahmen der Dorferneuerung und im Städtebau zur Stärkung der Artenvielfalt weiter ausbauen. Dabei zielen die genannten Förderprogramme stets vorrangig auf die Erhaltung, Erneuerung und Entwicklung von Städten und Gemeinden und damit der vorhandenen baulichen Struktur.

Stephanie Lohr (CDU):

Unser Ziel ist es die Versiegelung deutlich zu reduzieren und dort, wo möglich bereits versiegelte Flächen wieder zu öffnen. Es gilt dabei Strategien zu entwickeln für den urbanen Raum, die auch den Wert von Brachflächen für den Natur- und Klimaschutz berücksichtigen. In stark versiegelten Bereichen sind Projekte zu fördern die auf künstlichen geschaffenen Flächen (zum Beispiel Flachdächer

größerer Industrieanlagen) eine ökologisch nachhaltige Dachbegrünung initiieren. Die wertvollen Böden unserer Agrarlandschaft sind zu schützen. Ihre Funktion für die Produktion gesunder Nahrungsmittel, den Klimaschutz und für die Erhaltung der biologischen Vielfalt ist in den Mittelpunkt aller Entscheidungen zu stellen. Unsere Wälder leisten einen wertvollen Beitrag für den Klimaschutz und für die ökologische Vielfalt in unserem Lande. Sie sind wichtige Quellen nachwachsender Rohstoffe und haben daher höchste Priorität. Eine Flächenversiegelung stellt hier immer einen besonders schweren Eingriff dar, der sorgfältig geprüft werden muss.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Wir wollen Innen- statt Außenentwicklung, zB die Nutzung von Leerständen, auch im ländlichen Raum (Raum Plus Monitor kann dabei zB helfen). Zweimal in meinem politischen Leben war das Engagement gegen Flächenfraß bei gleichzeitiger Entwicklung der bestehenden Siedlung .mein politischer Einstieg. Straßen für den motorisierten Verkehr wollen wir gar nicht mehr neu bauen, sondern die Mittel umwidmen und für den Ausbau des ÖPNV nutzen.

Um unabwendbare Inanspruchnahmen von Flächen zu lenken und zu begrenzen, müssen Bodenqualitäten erfasst und die besten Böden geschützt werden. Unser langfristiges Ziel ist eine neutrale Flächenbilanz - das heißt, eine Fläche darf nur neu versiegelt werden, wenn eine andere entsiegelt wird. Wir werden uns auch weiterhin für eine transparente und flächenschonende Bauleitplanung auf allen Ebenen einsetzen.

Welche weiteren Maßnahmen zum Boden- und Grundwasserschutz schlagen Sie vor?

Jens Guth (SPD):

Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist uns ein wichtiges Anliegen, da sie verbindliche Standards für den Zustand der Gewässer in Rheinland-Pfalz setzt. Daher unterstützen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vorhandene und bewährte Förderprogramme wie etwa die Aktion „Blau Plus“, die seit 1995 existiert und Maßnahmen zur Verbesserung des ökologischen Zustands der Fließgewässer in Rheinland-Pfalz bündelt. Wir wollen die Aktion Blau Plus beibehalten und gegebenenfalls weiter ausbauen, um den Anforderungen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie gerecht zu werden. Das Programm „Gewässerschonende Landwirtschaft“, das Landwirtinnen und Landwirte dabei unterstützt, die Anforderungen der europäischen Gewässerschutzpolitik umzusetzen, wollen wir fortsetzen.

Trinkwasser als unser wichtigstes Lebensmittel wird in Rheinland-Pfalz sorgfältig kontrolliert und ist von sehr guter Qualität. Gewonnen wird es in erster Linie aus dem Grundwasser, daher ist der Schutz unseres Grundwassers als lebenswichtigen Rohstoff von großer Bedeutung. Dazu gehört, die Stickstoffeinträge in das Grundwasser, die auch durch die Landwirtschaft entstehen, so gering wie möglich zu halten, um die Qualität unseres Grundwassers zu gewährleisten. Mit der Neugestaltung der Landesdüngeverordnung, die sich an den Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie orientiert, wurden hier wichtige Weichen gestellt. Durch die detaillierte Ausweisung besonders durch Nitrat betroffener Gebiete und der damit verbundenen Reduzierung der Düngung können passgenaue Lösungen gefunden werden, die landwirtschaftliche Nutzung mit Gewässerschutz vereinbaren.

Stephanie Lohr (CDU):

(Die Frage wurde zusammen mit der vorhergehenden Frage „Etwa 60-70 Hektar Land werden jeden Tag für Siedlungs- und Straßenbau versiegelt. Das hat massive Auswirkungen für die Umwelt. Was gedenken Sie, dagegen zu tun?“ beantwortet)

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Wir werden die Aktion Blau Plus weiter ausbauen, die Renaturierungen von Gewässern vorantreiben und den Schutz von Auen und Gewässerrändern stärken. Dafür werden wir die entsprechenden Finanzierungsmittel bereitstellen und ein besonderes Augenmerk auf ein nachhaltiges Grundwassermanagement legen. Ergänzend möchten wir auch im Rahmen des Hochwasserschutzes die Ausweitung natürlicher Überflutungsräume, zum Beispiel durch die Renaturierung von Auenwäldern und Überflutungsflächen, fördern und somit die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie erfüllen.

Für beides gibt es in Worms erfolgreiche Beispiele, auch für die Kooperation mit Naturschutzverbänden.

Wir wollen die Kooperation mit allen Beteiligten im Rahmen der bereits erfolgreich eingeführten Gewässerschutzberatung in der Landwirtschaft weiter fortsetzen und ein eigenes Agrarumweltprogramm für unsere Landwirtschaft einführen. Unser Ziel 30 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Rheinland-Pfalz ökologisch zu bewirtschaften wird ebenfalls zu einer Reduzierung des Nährstoffüberschusses beitragen. In jenen Gebieten, welche bereits heute hohe Belastungen aufweisen, sollen Wasserunternehmen und Gewässerzweckverbände Vereinbarungen mit den Landwirt*innen im Rahmen des Projektes „gewässerschonende Landwirtschaft“ abschließen.

Öffentliche Flächen sollten naturnah und Insekten-freundlich gestaltet und gepflegt werden.

Welche Maßnahmen schlagen Sie vor?

Jens Guth (SPD):

Artenschutz geht uns alle an und beginnt vor der eigenen Haustür. So werden wir bestehende Begrünungskonzepte (z.B. Sonderprogramm „Mehr Grün im Dorf“) im Rahmen der Dorferneuerung und im Städtebau zur Stärkung der Artenvielfalt weiter ausbauen. Wir wollen zusammen mit unseren Kommunen darauf hinwirken, dass die Anlage von Schotter- und Steingärten eingeschränkt wird. Dies kann durch die Anpassung örtlicher Grünsatzungen und Bebauungspläne geschehen, wo Gartenflächen so definiert werden können, dass Schotterflächen nicht dazu gezählt werden dürfen.

Mit unserem Blühstreifenprogramm fördern wir die Biodiversität in Agrarlandschaften. Diese Fördermaßnahme wollen wir weiterentwickeln, um so aktiv dem Insektensterben entgegenzuwirken und einen Beitrag zur biologischen Schädlingsbekämpfung zu leisten.

Stephanie Lohr (CDU):

Grünflächen in Städten und Dörfern gilt es zu erhalten und möglichst ökologisch zu gestalten. Wir sehen großes Potenzial Grünflächen im urbanen Bereich mit geeigneten Umgestaltungsmaßnahmen als Lebensräume mit großer Artenvielfalt zu fördern. Durch die Förderung von ingenieurb biologischen Maßnahmen wollen wir wieder für neuen Brut- und Ruheraum sorgen. Dazu müssen wir die kommunalen Verwaltungen und die Klimaschutzmanager vor Ort besser unterstützen, indem wir Sie stärker befähigen vor Ort Projekte anzustoßen und umzusetzen. Wir müssen auch den Menschen die Bedeutung der Maßnahmen besser erklären und sie einbinden, damit eine naturnahe Umgestaltung nicht als

„ungepflegte“ Fläche missverstanden wird. Gerade hier in Worms haben die Umweltverbände schon tolle Projekte umgesetzt, daran sollten wir anknüpfen und diese weiter ausbauen.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Wir unterstützen kreative Lösungen, zB den Umbau von ehemaligen Industriegebäuden. Wir wollen ökologisch-soziale Quartierskonzepte gegenüber einer Höchstpreisvergabe bevorzugen. Wir werden die Städtebauförderung und Dorferneuerungsprogramme an ökologischen und klimaschützenden Kriterien ausrichten. Ebenso wollen wir vorhandene grüne und blaue Oasen aufwerten und um naturnahe Begrünungen von Vorgärten, Fassaden und Dachflächen oder naturnahe Wasserflächen erweitern. Zusätzlich werden wir die Installation von Nisthilfen für unsere Vögel und Insekten sowie Fassaden- und Dachbegrünung an allen öffentlichen Gebäuden prüfen. (Dazu wurde in Worms vor einiger Zeit bereits ein Eignungskataster erstellt.)

Die Landesbauordnung enthält kaum Regelungen zum Schutz unseres Klimas und unserer Natur. Wir werden dies ändern, indem wir in der Landesbauordnung ökologische Kriterien etablieren, die eine naturnahe Begrünung von Flachdächern, geeigneten Fassaden und Vorgärten zur Pflicht machen. Leblose Schotter und Steinwüsten wollen wir abschaffen. Dafür setzen wir auf eine Beratung für pflegearme und naturfreundliche Gärten, die wir gemeinsam mit unseren Garten und Landschaftsbauunternehmen planen und angehen möchten.

Heike Mehlmann (DIE LINKE.):

In Parks und Stadtrandgebieten können breite Blühflächen erschlossen werden bzw. können diese in bereits angelegten Flächen integriert werden, z.B. mit Kräutern. Auch die Blühstreifen in und an Wingerten müssen unbedingt gefordert und Winzer dazu verpflichtet werden.

Niederschläge in Rheinland-Pfalz sind um über 30 Prozent gesunken, wodurch es vermehrt zu akuter Wasserknappheit kommt.

Welche Maßnahmen schlagen Sie vor?

Wie werden Sie den Wasserhaushalt in Rheinland-Pfalz handhaben?

Jens Guth (SPD):

Wir setzen uns für eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressource Wasser ein. Dazu gehört neben dem Gewässerschutz z.B. auch der Hochwasserschutz als Gemeinschaftsaufgabe sowie die zuverlässige Versorgung mit Wasser und das Abwassermanagement. Das bestehende Hochwasserschutzkonzept werden wir daher gemeinsam mit den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort stetig weiterentwickeln, um dauerhafte, wirksame Hochwasservorsorgemaßnahmen flächendeckend umzusetzen.

Den ökologischen Zustand unserer Flüsse, Seen und Bäche wollen wir deutlich verbessern. Das Landeswassergesetz sichert den Schutz unseres Trinkwassers. Die Einnahmen aus dem Wassercent sollen auch weiterhin die Kommunen gerade im ländlichen Raum finanziell unterstützen.

Die Wasserversorgung in Rheinland-Pfalz als kommunale Aufgabe macht den Wert einer zuverlässigen und leistungsfähigen Kommunalwirtschaft deutlich sichtbar. Für die SPD Rheinland-Pfalz ist daher klar: Die kommunalen Unternehmen brauchen gute und verlässliche Rahmenbedingungen. Auch bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie dürfen sie nicht allein gelassen werden. Dazu kommt: Der Umbau der Energieversorgung und ihrer Infrastrukturen und die Herausforderungen des Klimaschutzes und die Klimaanpassung werden heute und in Zukunft auch von den Kommunen und ihren Stadt- und Landwerken bewältigt. Daher brauchen sie auch künftig moderne Handlungs- und Investitionsbedingungen, für die die SPD sich stark macht. Wir sind davon überzeugt, dass Wasserversorgung und Abwasserbehandlung in staatliche Hand

gehören, um Daseinsvorsorge für alle sicherzustellen. Privatisierungen in diesem Bereich lehnen wir ab.

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen vorhandene und bewährte Förderprogramme wie etwa die Aktion „Blau Plus“, die seit 1995 existiert und Maßnahmen zur Verbesserung des ökologischen Zustands der Fließgewässer in Rheinland-Pfalz bündelt. Wir wollen die Aktion Blau Plus beibehalten und gegebenenfalls weiter ausbauen, um den Anforderungen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie gerecht zu werden. Das Programm „Gewässerschonende Landwirtschaft“, das Landwirtinnen und Landwirte dabei unterstützt, die Anforderungen der europäischen Gewässerschutzpolitik umzusetzen, wollen wir fortsetzen.

Trinkwasser als unser wichtigstes Lebensmittel wird in Rheinland-Pfalz sorgfältig kontrolliert und ist von sehr guter Qualität. Gewonnen wird es in erster Linie aus dem Grundwasser, daher ist der Schutz unseres Grundwassers als lebenswichtigem Rohstoff von großer Bedeutung. Dazu gehört, die Stickstoffeinträge in das Grundwasser, die auch durch die Landwirtschaft entstehen, so gering wie möglich zu halten, um die Qualität unseres Grundwassers zu gewährleisten. Mit der Neugestaltung der Landesdüngeverordnung, die sich an den Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie orientiert, wurden hier wichtige Weichen gestellt. Durch die detaillierte Ausweisung besonders durch Nitrat betroffener Gebiete und der damit verbundenen Reduzierung der Düngung können passgenaue Lösungen gefunden werden, die landwirtschaftliche Nutzung mit Gewässerschutz vereinbaren.

Stephanie Lohr (CDU):

Dürre, Hitze, Wasserknappheit sind Folgen des Klimawandels und müssen als solche auch benannt werden. Die Klimaschutzziele umsetzen und CO₂ einsparen sind daher die wichtigsten Maßnahmen, damit das Problem der Wasserknappheit in den kommenden Jahren nicht zunimmt.

Aber das reicht natürlich nicht mehr. Hier in Rheinhessen und in Worms ist unsere Trinkwasserversorgung bisher noch sicher. Dennoch müssen wir stärker auf Redundanzen setzen und ein flächendeckendes Verbundleitungssystem aufbauen. Auch intelligente und effiziente Beregnungssysteme helfen das Grundwasser zu schützen und gleichzeitig den Wasserbedarf der Landwirtschaft zu decken. Auch hier wollen wir Kooperationen und Wasserzweckverbände unterstützen.

Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist weiter konsequent umzusetzen. Die Renaturierung von Bächen und Flüssen und die Schaffung schützender Gewässerrandstreifen ist ein wichtiger Bestandteil unserer Umweltschutzpolitik. Es gilt dort wo möglich weitere Überflutungsflächen zu schaffen, um die steigende Hochwassergefahr einzudämmen. Ebenfalls ist das intelligente Wassermanagement integraler Bestandteil einer umfassenden Klimaanpassungspolitik. Zur Erreichung dieses Zieles und zur besseren Akzeptanz der Maßnahmen der Bevölkerung ist die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen, Forschungseinrichtungen und Naturschutzverbänden auszubauen. Hierzu wollen wir an zentraler Stelle eine Koordinierungsstelle schaffen.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Die Klimakrise wirkt sich auch auf unser Wasser aus. Der geringe Niederschlag und die Trockenheit führen allen vor Augen: Wasser ist kostbar und erfordert einen schonenden Umgang, da auch die Neubildung unseres Grundwassers bereits rückläufig ist. Mit einem „Zukunftsplan für unser Wasser in Rheinland-Pfalz“ wollen wir im Dialog mit allen Beteiligten ein neues Fundament für das Wassermanagement mit klarer Priorisierung von Nutzungsansprüchen einführen.

Rheinland-pfälzische Wälder leiden bereits unter dem Klimawandel. Was gedenken Sie, dagegen zu unternehmen?

Jens Guth (SPD):

Bereits mit der 2019 auf den Weg gebrachten Walderklärung der SPD-geführten Landesregierung und den umfangreichen Waldhilfen in Höhe von rund 53 Millionen Euro wurden wichtige Maßnahmen zum Erhalt des Lebensraums Wald in Rheinland-Pfalz umgesetzt. Dazu gehören die Diversifizierung der Baumbestände durch klimaresistente Mischwälder, die Regulierung der Wildbestände und die Stärkung des Landesbetriebs Landesforsten.

Unsere Wälder zu erhalten und sie klimastabil aufzustellen bedeutet auch, eine naturgemäße Waldwirtschaft weiter zu fördern. Wir setzen auf eine Bewirtschaftung, in der die natürliche Verjüngung Vorrang hat und nur partiell durch standortgeeignete Pflanzungen ergänzt wird. Wir treten dafür ein, dass Waldbesitzer, die zertifizierte Waldbewirtschaftung betreiben, für ihre gesamtgesellschaftlichen Leistungen gefördert werden. Daher unterstützen wir die Idee einer „Waldprämie“ und die Einrichtung eines „Waldklimafonds“ zur Ertüchtigung unserer Wälder. Gekoppelt an den CO₂-Preis der Bundesregierung und geknüpft an konkrete Nachhaltigkeits- und Zertifizierungskriterien kann eine solche Waldprämie den Systemwandel einleiten und Forstbetrieben eine langfristige Perspektive geben.

Stephanie Lohr (CDU):

Wir müssen den Wald naturnah und klimastabil umbauen. Um die rheinland-pfälzischen Wälder für uns und kommende Generationen zu erhalten, ist es wichtig, mit gezielten Klimaanpassungsmaßnahmen, wie der Pflanzung klimastabiler Baumarten, unsere Wälder umzubauen. Wir wollen einen Wald, der naturnah und klimastabil ist und den Waldbesitzern

weiterhin eine Wertschöpfung garantiert, die abgekoppelt von Holzeinnahmen und Jagdpacht ist. Nur so ist Försterinnen und Förstern ein effektiver und nachhaltiger Waldumbau möglich.

Wir fordern daher einen Paradigmenwechsel: Waldschutz ist Klimaschutz. Es ist nicht länger zeitgemäß, die verschiedenen Bereiche Forstwirtschaft, Naturschutz, Jagd, Landwirtschaft, Holzindustrie und Tourismus einzeln zu betrachten. Der Erhalt unserer Wälder ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Waldbesitzerinnen und -besitzer leisten einen Beitrag für das Gemeinwohl und zur Daseinsvorsorge. Dies muss honoriert werden. Die Einführung einer Flächenprämie für die CO₂-Speicherleistung ist ein wichtiger Schritt, um den Waldumbau zu finanzieren und eine Wertschöpfung weiterhin zu gewährleisten.

Um den Naturschutz und die Biodiversität im Wald zu fördern, wollen wir im Wald zusätzlich zur Klimaschutz-Flächenprämie ein attraktives Angebot für den Vertragsnaturschutz einführen, orientiert an der Landwirtschaft. Für den Umbau in einen naturnahen, klimastabilen Wald ist es notwendig, die Waldbesitzer für den Schutz des Ökosystems zu vergüten. Somit können sie flexibel handeln und sind nicht mehr nur auf Einnahmen aus Holzverkauf und Jagdpacht angewiesen.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Wir werden den nachhaltigen Waldumbau hin zu einem klimaangepassten und naturnahen Mischwald konsequent weiterverfolgen. Dazu stärken wir die Naturverjüngung in unseren Wäldern weiter, immer mit Blick auf das ökologische Gleichgewicht. Vor allem heimische, belastbare Baumarten werden den naturnahen Waldumbau ergänzen und die Artenvielfalt im Wald bereichern. Wir müssen heute in den dringend notwendigen Umbau unserer Wälder zu widerstandsfähigen Mischwäldern investieren.

Um die Herausforderungen der Waldwirtschaft zu meistern, brauchen wir insbesondere den Landesbetrieb Landesforsten. Unsere Forstleute tragen dazu bei, die ökologischen Systemleistungen des Waldes zu erhalten. Dabei wollen wir sie unterstützen. Wir werden die Forschungsanstalt für

Waldökologie und Forstwirtschaft ausbauen und gleichzeitig mit unseren Nachbarländern in der Forschung kooperieren. Das dort angesiedelte Klimakompetenzzentrum, das die Folgen der Klimaerhitzung erkundet, soll um Aufgaben des Klimaschutzes erweitert werden.

Die nach dem Naturschutzgesetz vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen werden häufig nicht oder nur mangelhaft umgesetzt. Hier besteht ein Vollzugs- und Kontrolldefizit auf allen Ebenen.

Was gedenken Sie, dagegen zu tun?

Jens Guth (SPD):

Die Bereitstellung von Ausgleichsflächen ist ein wichtiger Faktor für den Erhalt unserer Umwelt und Natur. Das Landesnaturschutzgesetz sieht eine Bündelung der Kompensationsmaßnahmen und der Maßnahmen aus Ersatzzahlungen in bestimmte Räume vor, z.B. in Natura 2000-Gebiete. Schwerpunkte dabei sind die sogenannten produktionsintegrierten Maßnahmen und der Schutz von ökologisch wertvollem Grünland. Vorgezogene Kompensationsmaßnahmen sollen dafür sorgen, dass der Naturhaushalt gestärkt und ein neuer Lebensraum geschaffen wird, bevor ein anderer verloren geht. Wir stehen für die Umsetzung und die Überprüfung dieser wichtigen Regelungen durch die zuständigen Behörden, immer mit der Maßgabe, die unterschiedlichen Interessen aller Betroffenen zu berücksichtigen.

Stephanie Lohr (CDU):

Das Schutzgebietssystem „Natura 2000“ ist eine der größten Erfolge der europäischen Naturschutzpolitik. Es gilt die ausgewiesenen Schutzgebiete konsequent weiterzuentwickeln, damit wir die Schutzziele erreichen können. Wir unterstützen die konsequente Umsetzung der Pflege- und Entwicklungspläne. Die Land- und Forstwirtschaft, sowie Jagd und Fischerei sind wichtige Partner in der erfolgreichen Entwicklung der Gebiete. Dazu gehört ein landesweit einheitlich organisiertes und durch Experten*innen durchgeführtes Monitoring. Ein gutes Monitoring ist ein wichtiger Garant für den Erfolg aller Naturschutzmaßnahmen.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Wir müssen hier auf allen Ebenen politisch nachhaken und gleichzeitig die Kommunal- und Landesverwaltungen entsprechend ausstatten. Ein Querschnittsthema: Das betrifft die Umsetzung vieler wichtiger Gesetze und Regelungen.

Welche Maßnahmen zur artgerechten Tierhaltung schlagen Sie vor?

Jens Guth (SPD):

Die teilweise dramatischen Bedingungen in der Tierhaltung sind in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Wir müssen weiterhin mit Nachdruck daran arbeiten, dass artgerechte Transportbedingungen und Haltungssysteme von Nutztieren zum allgemeinen Standard werden. Außerdem wollen wir weiterhin Alternativen zu Tierversuchen fördern.

Stephanie Lohr (CDU):

Tiere haben ein artgerechtes Leben verdient und das Preisdumping für tierische Produkte sowie Lebensmittel im Allgemeinen muss aufhören. Die Kennzeichnung von Lebensmitteln ist ein wichtiger Baustein. Das Bundeslandwirtschaftsministerium will Deutschland zum Vorreiter beim Tierwohl machen. Das Verhalten der Verbraucher zeigt uns aber auch, dass eine Kennzeichnung dazu nicht ausreicht. Wir müssen mehr investieren in die Aufklärung über die Herkunft und Herstellung unserer Produkte. Wir setzen uns ein für mehr Ernährungsbildung in Kitas und Schulen, damit Kinder bereits den Wert von tierischen Produkten einschätzen können, sich bewusster ernähren und später dann verantwortungsvolle Kaufentscheidungen treffen.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Tierschutz ist ein Querschnittsthema. Wir wollen deshalb die Stelle einer*s unabhängigen Landestierschutzbeauftragten schaffen. Diese Person soll den Tierschutz stärken, auf Missstände aufmerksam machen und auf deren Behebung hinwirken.

In der Landwirtschaft wollen wir eine flächenbezogene Tierhaltung (Futter soll im Wesentlichen auf eigener Fläche

erzeugt werden, heißt im Umkehrschluss, dass die Zahl der Nutztiere entsprechend begrenzt ist). Betriebe, die sich auf diesen Weg machen, sollen gezielt gefördert werden.

Letztlich ist auch hier Bildung der Verbraucher*innen ab dem Kindesalter wichtig. Wer mehr weiß, fragt mehr nach, ist und isst kritischer und bewusster.

Heike Mehlmann (DIE LINKE.):

Das Land muss unbedingt bestimmte Haltungsformen bei Nutztieren fordern, sehr streng kontrollieren und bei Zuwiderhandlung die Unternehmen entsprechend sanktionieren. Hierzu müssen natürlich unter Umständen auch Preise angehoben werden, was wiederum zur Folge hat, dass die Konsumenten natürlich auch genauer den persönlichen Verbrauch überdenken und bestenfalls einschränken.

Wie stehen Sie zu einer verpflichtenden Kennzeichnung von Produkten hinsichtlich der Haltungsbedingungen von Nutztieren (wie bei Eiern)?

Jens Guth (SPD):

Wir vertreten die Ansicht, dass ein verpflichtendes europäisches Tierwohlkennzeichen den berechtigten Verbraucheranforderungen gerecht werden und der Landwirtschaft faire Marktbedingungen schaffen kann. Entsprechende Pläne unterstützen wir.

Stephanie Lohr (CDU):

(Die Frage wurde zusammen mit der vorhergehenden Frage „Welche Maßnahmen zur artgerechten Tierhaltung schlagen Sie vor?“ beantwortet)

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Ja, finde ich sehr wichtig. Das Beispiel Eier zeigt schon lange, dass Verbraucher*innen bereit sind, einen angemessenen Preis zu bezahlen, wenn sie wissen, wofür. Faire Preise für Lebensmittel sind die Grundlage artgerechter Tierhaltung und nachhaltiger Landwirtschaft. Aussagefähige und praxistaugliche Herkunfts- und Haltungskennzeichnungen wie auch die Kennzeichnungspflicht für tierische Bestandteile in Lebensmitteln müssen den Verbraucher*innen die Möglichkeit geben, sich beim Einkauf für mehr Tierschutz entscheiden zu können. Unser Ziel ist das Ende der industriellen Massentierhaltung.

Heike Mehlmann (DIE LINKE.):

Natürlich stehe ich der verpflichtenden Kennzeichnung aller Produkte positiv gegenüber, da ich selbst sehr großen Wert darauf lege, möglichst regional und mit gutem Gewissen einzukaufen.

Allgemeine Klimapolitik

Wie wollen sie verhindern, dass sich klimapolitische Maßnahmen negativ auf finanziell oder sozial benachteiligte Menschen auswirken?

Jens Guth (SPD):

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine Klimaschutzpolitik, die sicherstellt, dass Reichere nicht auf Kosten von Ärmeren leben. Dass wir heute nicht auf Kosten von morgen leben. Und dass wir in unserem Land nicht auf Kosten anderer Länder leben. Wir wollen Klimaschutz nicht nur für Wenige - wir wollen Klimaschutz für Alle. Deshalb setzen wir in Rheinland-Pfalz darauf, dass Bürgerinnen und Bürger die Energiewende gestalten und an den Erträgen teilhaben können und deshalb unterstützen wir Modelle, die beispielsweise auch Klimaschutz für Mieterinnen und Mieter ermöglichen - und nicht nur für reiche Menschen, die sich einen energieeffizienten Neubau leisten können. Wir fühlen uns einer wirksamen Klimaschutzpolitik verpflichtet - aus Verantwortung gegenüber unserer Natur, den Menschen in anderen Teilen der Welt und gegenüber den nach uns lebenden Generationen. Neben der ökologischen Verpflichtung sehen wir auch die wirtschaftlichen Chancen, die in einer wirksamen Klimaschutzpolitik liegen. Ob in der Windkraft, im Energieanlagenbau im Bereich des energieeffizienten Bauens und Sanierens - in den nachhaltigen Wachstumsbranchen liegen große Potentiale für wirtschaftlichen Erfolg und gut bezahlte Arbeitsplätze. Wir wollen diese Potentiale für Rheinland-Pfalz heben und dafür sorgen, dass neuer, nachhaltiger Wohlstand entsteht.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Einnahmen aus der CO₂-Steuer müssen zurückfließen an die Bürger*innen. Gleichzeitig sind sowohl klimaschädliche Subventionen (für Kohle- und Atomstrom ein vielfaches als

für erneuerbare) unsozial, ebenso Ausnahmen für Großbetriebe von der EEG-Umlage. Grundsätzlich ist KEIN Klimaschutz am unsozialsten, die Klimakatastrophe geht weltweit, aber auch in Rheinland-Pfalz zu Lasten der sowieso benachteiligten Menschen.

Heike Mehlmann (DIE LINKE.):

Kosten, die durch Klima politisches Handeln verursacht werden, müssen von den Konzernen, die dem Klima eindeutig schaden, zum größten Teil getragen werden.

Hierzu braucht es eine Gesetzgebung mit klaren, sehr strengen Regelungen und der Streichung von Subventionen.

Bis 2050 soll in Deutschland der Ausstoß von Treibhausgasen auf nahe Null reduziert werden.

Ist das Ihrer Meinung nach früh genug?

Welche noch nicht genannten Maßnahmen schlagen Sie dafür vor?

Jens Guth (SPD):

Für Rheinland-Pfalz nehmen wir uns in der Klimapolitik ein sehr ehrgeiziges Ziel vor und streben als eines der ersten Bundesländer vollständige Klimaneutralität bis 2040 an. Wir wollen eine Energiewende, die für alle finanzierbar ist mit dem Dreiklang „Energieeinsparung – Energieeffizienz – Erneuerbare Energien“.

Eine weitere wichtige CO₂-Senke, deren Ausbau der Einsparung von CO₂ dienen wird, sehen wir in den Wäldern in Rheinland-Pfalz. Daher wollen wir mit der bereits erwähnten „Waldklimaprämie“ einen Anreiz schaffen, diese Funktion der Wälder weiter auszubauen.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Wir brauchen sauberen Strom aus Erneuerbaren Energien. Wir Grüne wollen eine sozial gerechte und klimaneutrale Gesellschaft bis 2035. Zentrale Grundlage für dieses Ziel ist das Klimaabkommen von Paris und der Bericht des Weltklimarates zum 1,5 Grad-Limit. Wir werden ein Treibhausgasbudget für Rheinland-Pfalz als zentrales Steuerungselement entwickeln und fortlaufend überprüfen. Wir setzen uns vehement auch auf Bundesebene ein für die Mobilitäts- und Wärmewende, den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Landwirtschaft und die Gebäudesanierung.

Heike Mehlmann (DIE LINKE.):

Das des Zieles der Treibhausgasreduzierung ist 2050 ist auf keinen Fall zu früh. Das Thema begleitet uns schon seit Jahrzehnten. Es gibt ständig Ansätze, Regelungen und neue

Wege hierzu, die jedoch bisher bei weitem nicht ausreichend waren. Ich befürchte, dass es bis 2050 nicht erreicht werden kann, wenn nicht umgehend wesentlich strengere und umfassendere Maßnahmen stattfinden.

Der Klimawandel wird nicht voll und ganz aufzuhalten sein.

Wie werden Sie mit den wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Folgen der Klimakrise umgehen?

Verfügt Ihre Partei über ein konkret formuliertes Klimaanpassungskonzept?

Jens Guth (SPD):

Die Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die alle Bereiche unseres Zusammenlebens umfasst. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dabei alle Aspekte im Blick; das geht von klimagerechtem Bauen und der Gestaltung unserer Gemeinden und des Wohnumfelds über Landwirtschaft und Waldbewirtschaftung, die sich klimastabil aufstellen muss, bis hin zu Fragen der Gesundheit. Die Landesregierung betreibt das Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen, wo diese Fragen erforscht und Lösungsansätze erarbeitet werden, dieses werden wir weiter unterstützen und zur Gestaltung unserer Politik heranziehen.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Dies betrifft vor allem direkt die Kommunen. (Wahlprogramm Kap.14). Wir unterstützen Klimaschutzmanager*innen vor Ort und das sehr detaillierte KLAKE in Worms (Klimaanpassungskonzept). Teil davon ist z.B. unser Hitzeaktionsplan, zu dem wir neulich erst an einer Veranstaltung teilgenommen haben.

Gibt es zusätzliche Natur- oder Klimaschutzprojekte, die Sie unterstützen werden?

Jens Guth (SPD):

Wir setzen uns für umfassenden Klima-, Umwelt- und Naturschutz ein. Mit dem Vertragsnaturschutz als Instrument wollen wir uns gezielt dafür einsetzen, bereits bestehende Schutzgebiete ökologisch zu stärken. Dazu gehört auch, die Leistungsfähigkeit der Umwelt- und Naturschutzverwaltung zu erhalten und das hierfür notwendige Personal auch zukünftig zur Verfügung zu stellen. Zum Erhalt unserer Biodiversität setzen wir auf die Vernetzung von Lebensräumen. Biotopverbundsysteme sollen den natürlichen Lebensraum vieler verschiedener Tierarten erweitern und natürliche Wanderbewegungen zuzulassen.

Katharina Schmitt (Bündis 90/Die Grünen):

Ganz aktuell: In Worms haben wir erst neulich erfolgreich städtische Unterstützung für Urban gardening-Projekte in der Innenstadt beantragt. Hier gibt es Interesse der Naturschutzverbände und zahlreicher Bürger*innen. Wir wollen hier gemeinsam mit der Lokalen-Agenda-Stelle der Stadt kleine blühende Inseln, die fußläufig zu erreichen sind, auch für Senior*innen und Kinder.

Heike Mehlmann (DIE LINKE.):

DIE LINKE hat bereits Vorschläge und Konzepte zu vielen Punkten der allgemeinen Klimapolitik erarbeitet.

Im Rahmen der Recherchen zu diesem Fragenkatalog habe ich festgestellt, dass ich mich in eigenem Interesse viel mehr informieren und noch bewusster mit diesen Themen umgehen muss.

Ich freue mich darauf, bei Projekten unterstützend teilnehmen zu dürfen.